

KOMMENTARE

17:36 - 30.07.13

Der Geist von 1848

MANFRED RÖSCH



« Die halbdirekte Demokratie Schweiz hat über die Jahrzehnte weniger Fehlentscheidungen getroffen als repräsentativ oder autoritär gelenkte Staaten. »

Die moderne Schweiz entstand 1848. Nun steht sie vor Abstimmungen, in denen das liberale Erbe auf dem Spiel steht. Ein Kommentar von FuW-Redaktor Manfred Rösch.

Menschen brauchen Mythen. Daran ist nichts Falsches, deshalb feiern wir am 1. August im Gedenken an die alten Eidgenossen, die sich anno 1291 zum Bundesschwur auf dem Rütli einfanden. Ein Mythos, sagen Gelehrte, steht eben gerade nicht für Obskurantismus, sondern ist Aufklärung, verpackt in eine Geschichte. Die wird zelebriert mit Bratwurst und Bier statt mit Pathos und Pomp. Abgesehen vom Sagenhaften: Der Bundesbrief lässt sich in Schwyz besichtigen.

Dennoch sei der Hinweis gestattet, dass «die Schweiz» nicht vor 722 Jahren gegründet wurde. Vielmehr sind wir «48er», gleich zweifach. 1648 löste sich die Eidgenossenschaft im Westfälischen Frieden aus dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Vor allem aber trat am 12. September 1848 die erste Bundesverfassung in Kraft, die aus dem Staatenbund den modernen, liberalen Bundesstaat schuf. Sind nun 165 Jahre liberale Schweiz genug? Werden unsere Kindeskinde dereinst an die antiliberalen Zeitenwende von 2013 und 2014 denken?

Nochmals der Blick zurück. Anno 1848 öffnete sich ein «wirtschaftsliberales Zeitfenster», wie der Historiker - Joseph Jung schreibt («Schweizer Erfolgsgeschichten. Pioniere, Unternehmen, Innovationen»), herausgegeben vom Verein für wirtschaftshistorische Studien, Zürich). Diese Phase nützten Unternehmer-Politiker wie Alfred Escher energisch, um dem Bauernland eine leistungsfähige Infrastruktur zu verpassen; Bahnen, Banken, das Polytechnikum (die heutige ETH), zudem einheitliche Währung, Masse und Gewichte. Zeitweilig war jeder vierte Parlamentarier in Bern Unternehmer. Das Fenster, so Jung, schloss sich mit der Revision der Verfassung von 1874, die das Gesetzesreferendum einführte; 1891 kam das Initiativrecht auf Teilrevision der Bundesverfassung hinzu.

Demokratisch und/oder liberal

Die Aufbruchzeit wurde also nicht durch direkte Demokratie «vertan», sondern von souveränen Figuren kraftvoll gestaltet. Heute ist das Volk der «Souverän», und bisher hat das Land damit in der Regel gute Erfahrungen gemacht: Es hat die Politiker in ihrem Drang zur Machtakkumulation behindert und sie immer mal wieder zur Räson gebracht. Die halbdirekte Demokratie Schweiz hat über die Jahrzehnte weniger Fehlentscheidungen getroffen als repräsentativ oder autoritär gelenkte Staaten. Das Schweizer Volk war bislang in seiner Mehrheit recht resistent gegen dirigistische Versuchen. So war es – zur nicht geringen Verblüffung mancher Kommentatoren im Ausland – stockvernünftig genug, sich eine gesetzlich verordnete sechste Ferienwoche zu versagen.

Überhaupt haben Mehrheiten in Parlament und Volk bis dato etwa das Arbeitsrecht flexibel gehalten. Ein enormer Standortvorteil; der Vergleich zu den verkrusteten Arbeitsmärkten in Frankreich und Italien müsste selbst verstocktesten Etatisten Anschauungsunterricht genug dafür bieten, wie man's im Interesse aller nicht macht.

Doch «liberal» und «demokratisch», traditionell in der Schweiz fast ein Gespann – jedenfalls insofern, als das angesprochene Fenster doch nie ganz zugeschlagen wurde und immer einigermaßen ausreichend frischer Marktwind einströmte –, liberal und demokratisch also sind nicht a priori die zwei Seiten einer Medaille. Die Zustimmung zu den Initiativen betreffend den Zweitwohnungsbau und, vor allem, die Abzocker lässt eine gestiegene Bereitschaft erkennen, den Staat die Wirtschaft regulieren zu heissen. An diesen beiden neuen Verfassungsbestimmungen wird das Wirtschaftsmodell Schweiz nicht zuschanden gehen, doch der Trend ist alarmierend. So ist nicht auszuschliessen, dass im September die Liberalisierung im Geschäft mit Tankstellenshops – sachlich nicht mal eine Bagatelle, doch als Propagandasujet geeignet – an einem Referendum scheitern könnte.

Von einer wirklichen Zäsur müsste jedoch gesprochen werden, falls sich das Schweizer Volk am 24. November dazu hinreissen liesse, die Initiative «1:12» der Jungsozialisten anzunehmen. Wie auch immer Durchschnittsverdiener Surrealsaläre und deren Empfänger empfinden – es gelten Eigentums- und Vertragsfreiheit. Der Staat hat in Lohnverhandlungen nichts zu suchen, das haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer miteinander auszuknobeln. Es ist Sache der Besitzer, das Gehalt angestellter Manager zu bestimmen und ratsamerweise zu mässigen. Der Fiskus findet an hohen Löhnen übrigens nicht zwingend Missfallen, schliesslich besteuert er steil progressiv.

Bestimmungen à la «1:12», wonach also das Spitzengehalt das Zwölfwache eines Basislohns nicht übertreffen darf, mögen materiell zwar nur in wenigen Fällen relevant (und ohnehin umgehbar) sein, doch bedeutsamer ist: Sie widersprechen eklatant dem Geist der liberalen Verfassung – die eben kein Gericht hat, das sie vor solchen -

demokratisch legitimierten Fehlleistungen schützt. Demokratie, auch direkte, heisst nicht, dass der «Souverän» alles darf. Freiheit heisst das Ziel, Demokratie ist bloss das Mittel dazu. Willkür wird nicht besser, wenn sie von einer Mehrheit der abstimmenden Minderheit befürwortet wird. Schliesslich: Der Himmel behüte uns vor einem Staat, der sich anmasst, moralische Urteile zu fällen, und sei es auf direktdemokratischem Weg.

Das Signal wäre denkbar schlecht: Die Schweiz würde unzuverlässig, unberechenbar, instabil. Erst recht, wenn später zusätzlich auch die Mindestlohninitiative passieren sollte. Finanzkrise, staatliche Rettung «systemrelevanter» Banken, Fantasiegagen haben das Grundvertrauen in die marktwirtschaftliche Ordnung bedenklich erschüttert und breite Kreise anfällig gemacht für Flötentöne von links. En vogue ist jetzt, nachdem angeblich allüberall die Märkte versagt haben sollen, bis in die Mitte der Gesellschaft der «Primat der Politik». Das ist als Primat der Politiker zu verstehen, somit alles andere als beruhigend.

Ohne Wirtschaftsfreiheit keine Freiheit

Der grosse Liberale Friedrich von Hayek mahnt nachdrücklich, zwischen Staat und Wirtschaft eine gesunde Distanz – die links aussen bezeichnenderweise als künstlich angesehen wird – zu wahren. Die Wechselbeziehung ist naturgemäss schon eng genug, wie der auch in der Schweiz voluminöse und stets wachsende Bestand an Gesellschaftsrecht belegt. Hayek schrieb: «Die auf dem Wettbewerb beruhende Marktwirtschaft ist das einzige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das darauf gerichtet ist, durch Dezentralisierung die Macht des Menschen über den Menschen zu brechen.» Es gibt auf die Dauer keine politische Freiheit ohne die im Meinungsmainstream häufig gering geschätzte Wirtschaftsfreiheit.

Milton Friedman, wie Hayek Träger des Nobelpreises für Ökonomie, sagte dazu treffend, Wirtschaftsfreiheit sei sowohl ein Selbstzweck wie ein unerlässlicher Teil des Gesamtkonzepts individueller Freiheit; Argumente gegen Wirtschaftsfreiheit zeugten in der Regel von grundsätzlichem Misstrauen in die individuelle Freiheit.

Werden hier Vorlagen wie diejenige der Jungsozialisten, die in weniger aufgewühltem Umfeld als studentischer Ulk abgetan werden könnten, in ihrer Tragweite überdramatisiert? In isolierter Betrachtung vielleicht schon. Was Sorgen bereitet, ist jedoch die drohende Abwendung vom fortschrittlichen und vorbildlichen Geist von 1848. Paradoxiertweise entsteht die Unruhe nicht aus schierer Not, wie sie etwa dank Staatsversagens in Südeuropa herrscht, vielmehr droht der schweizerische Liberalismus im weitesten Sinn Opfer seines Erfolgs zu werden: Es wird im Publikum nicht mehr ausreichend gewürdigt, dass der vergleichsweise hervorragende Zustand des Lands das Ergebnis einer freiheitlichen Politik ist.

Das liberale Fenster könnte so auf direktdemokratischem Weg Schrittlchen für Schrittlchen – es ist noch einiges in der «Pipeline», Erbschaftssteuer, Zuwanderung usf. – tatsächlich zugesperrt werden. Doch das ist keinesfalls zwangsläufig. Wäre schön, wenn sich dereinst unsere Nachfahren an 2013ff. als an die Jahre erinnern könnten, in denen das Schweizer Volk eine Reihe von Anschlägen auf sein freiheitliches Gesellschaftsmodell abwehrte. So wie das Zürcher Volk im Juni klar die sogenannte «Bonzensteuer» der Juso verwarf und damit wirtschafts- und finanzpolitische Reife bewies, die gerade auch darin besteht, der Politik nicht zu viel Geld anzuvertrauen und überhaupt den Staat in Schranken zu halten.

Copyright © by Verlag Finanz und Wirtschaft AG